

Krise als diskursives Ereignis

Zwei Perspektiven

PRISKA BUCHNER

Viele Menschen wollen nicht mehr über die Coronazeit sprechen, obwohl oder gerade weil „Corona“ wie ein Brennglas Probleme entfachte, vergrößerte und tiefer einbrannte. Angesichts andauernder Krisen-Diagnosen ist jedoch eine Aufarbeitung der Krisenkommunikation und -bearbeitung in dieser Zeit dringend geboten. Immer stellen Krisen Schwellenübergänge dar, auch wenn sich ihre transformatorische Kraft meist darin erschöpft, vorhandene Ungleichheiten zu verstärken. So rät Dollinger (2021, S. 275) zu „Vorsicht in der Sozialen Arbeit im Umgang mit der Begrifflichkeit der Krise“.

Anpassung in kritischen Zeiten

Das Eindrücklichste an der Coronapandemie war für mich die außergewöhnliche Anpassungsleistung von Politik, Medien, Wissenschaft, Wirtschaft, Bevölkerung und Professionen. Die Dominanz eines Themas in beispiellosem Ausmaß und in der Folge die Durchsetzung einschneidender Maßnahmen. Wenig überraschend zeigen sich schwerwiegende Folgen dieser Bearbeitung, besonders Familien in schwierigen Lebenslagen und vor allem deren Kinder sind betroffen.

Krisen und ihre Folgen sind indes Phänomene, die zu nicht unerheblichen Teilen diskursiv hergestellt, jedoch meist in all ihren Aspekten naturalisiert werden.

So könnte man zur Erforschung einer Krise zum Beispiel fragen: Für wen ist es eine Krise? Welche Folgen haben die Maßnahmen? Wer „zahlt“ und wer profitiert gegebenenfalls? Krisenkommunikation zeichnet sich dadurch aus, dass solche Differenzierungen fehlen. Immer rufen Krisen-Diskurse zum Handeln auf, zu dringenden und drastischen Maßnahmen, zu Entscheidungen, die von Unwissenheit und Zeitnot geprägt sind und ebenso legitimiert werden (vgl. Dollinger 2021, S. 275).

Schockwirkung erzielen

Im März 2020 sickerte in Deutschland ein Strategiepapier durch mit dem Titel: „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“, das von „externen Wissenschaftlern unter Mitwirkung des Bundesministeriums des Innern“ erarbeitet worden war. Um „die gesellschaftlichen Durchhaltekräfte [...] zu mobilisieren“ und um „die gewünschte Schockwirkung zu erzielen“, solle möglichst

MARC DAVID LUDWIG

Die Polykrise als allgegenwärtiger Zustand?

Spätestens mit Ausbruch der SARS-CoV-2-Pandemie Ende 2019 sind Krisen und die damit einhergehende Herstellung von Diskursen wesentlicher Bestandteil der Kommunikation geworden. Die Gesundheitskrise ist dabei keineswegs abgeschlossen, nur weil wir keine Lockdowns mehr erleben. Vielmehr haben wir erlernt, auch auf längere Zeit mit Einschränkungen umzugehen (als Folge könnte zum Beispiel die zugenommene Arbeitsbelastung gesehen werden).

Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft sind mit der Pandemie vermehrt sichtbar geworden: Einschränkungen der Teilhabe aufgrund von Alter oder Krankheit, Lohnabhängigkeit oder Mobilitätseinbußen (die Liste ließe sich fortführen). Sie ziehen sich weiterhin wie ein dünner Faden durch unsere Gesellschaft, auch wenn zum Beispiel die Digitalisierung längst als Megatrend beschrieben wird. Die mit den Maßnahmen häufig einhergehende Isolation traf Menschen unterschiedlich: Diejenigen, die konnten und nicht mit Menschen im direkten Kontakt arbeiteten, zogen sich ins Private zurück und schränkten sich ein. Als Folge können seelische Krankheiten wie Angststörungen und Depressionen langfristig ihre Spuren hinterlassen.

Gemeinschaft, Solidarität und Zusammenhalt?

Einige übten Solidarität und halfen einander (zum Beispiel in Form von Nachbarschaftshilfen für Einkäufe oder auch mittels Telefonseelsorge). Anderen hingegen war ein solcher Rückzug nicht möglich, da sie darauf angewiesen sind, ein Einkommen zu erwirtschaften, sie somit einer (lohnabhängigen) Tätigkeit nachgehen. Tagtäglich setzten sie sich daher gefährlichen Situationen aus, fuhren mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder arbeiteten weiterhin an der Kasse im Supermarkt.

Weiter wie vor Corona oder doch ein neuer Anfang?

Allgemein sind Vereinzelung, soziale Segregation bzw. notgedrungenes Abstandhalten sowie Angst vor sozialem Abstieg Schlagworte dieser Zeit. Denn mit der Verbreitung von Covid-19 änderte sich das (Zusammen-)Leben nach und nach grundlegend. Videokonferenzen und „vorsichtiges Gemeinschaftserleben“ prä-

konkret verdeutlicht werden, wie „viele Schwerkranke [...] qualvoll um Luft ringend zu Hause“ sterben würden (BMI 2020, S. 2).

Die Strategie ging auf und führte zu breiter Zustimmung zur Legitimität von Maßnahmen, von denen im Nachhinein nicht wenige als Fehler, manche gar als „Exzesse“ und verfassungswidrig eingestanden werden müssen, insbesondere in Bezug auf die Folgen für Kinder und Jugendliche.

Wie mit diesen umgegangen werden soll, wird ebenfalls beschrieben: „Kinder werden kaum unter der Epidemie leiden: falsch. Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z.B. bei den Nachbarskindern. Wenn sie dann ihre Eltern anstecken und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann“ (ebd., S. 13).

Vulnerable Kinder zahlen einen hohen Preis

Das Schul-Narrativ und die korrespondierenden Maßnahmen wirkten. Die „Corona-Kita-Studie“ vom Deutschen Jugendinstitut und dem Robert Koch-Institut untersuchte die Folgen für Kita-Kinder und ergab grundsätzlich gestiegene Bedarfe in Sprache, Motorik und sozio-emotionaler Entwicklung sowie eine deutliche gesundheitliche Verschlechterung, besonders für Kinder aus benachteiligten Verhältnissen. Nach Erscheinen der Studie räumte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ein, dass Kinder keine „Infektionsherde“ waren und entsprechende Maßnahmen „medizinisch nicht angemessen“ gewesen wären (ZDF 2022).



Foto: StockPlanets, iStock

gen seither gesellschaftliche Interaktionen. Es haben sich neue gesellschaftliche Reaktions- und Verhaltensmuster eingespielt, etwa im Umgang miteinander oder auch bezüglich Fragen der Kommunikation. Sie werden weiterhin bestehen bleiben, wenn- gleich in unterschiedlichem Ausmaß (vgl. Scherr 2020, S. 175).

Die Förderung von Widerstandsfähigkeit bzw. Resilienz ist zum zentralen gesellschaftlichen Thema geworden: Während die mit den beschriebenen Sachverhalten einhergehenden Spaltungs- und Polarisierungstendenzen der Gesellschaft zu besonderen gesellschaftlichen Konfliktverhältnissen führen, wird es außerdem notwendig sein, sich mit Forderungen nach Solidarität und sozialem Zusammenhalt in der Profession auseinanderzusetzen. So ist „Soziale Arbeit [...] vielfältig auf Politik verwiesen und in politische Prozesse involviert“ (Rieger und Wurtzbacher 2020, S. 5), wengleich die Kontextbedingungen Sozialer Arbeit maßgeblich vom Feld der Politik (mit-)geprägt werden (vgl. Benz und Rieger 2015, S. 9).

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Pandemie Langzeitfolgen mit sich bringt, die auch in den Zusammenhängen der Sozialen Arbeit dafür sorgen werden, mehr Menschen bei der Lösung gesellschaftlich bedingter persönlicher Problemlagen zu unterstützen. Der ständige Drang, in dieser Gesamtsituation Orientierung zu gewinnen, zieht sich noch immer durch die Gesellschaft. Soziale Professionen sind in der Pflicht, den sozialen Wiederaufbau nach der Krise zu unterstützen (vgl. Aluffi Pentini und Lorenz 2020, S. 549–552).

Droht der soziale Zerfall?

So waren es vor allem die offenen Angebote, die der „inneren Zersetzung“ Einhalt gebieten und bei der Erarbeitung individueller Strategien Unterstützung geben sollten. Für die Zeit bzw. die akute Krisensituation während der Hochphase der Pandemie kann jedoch davon ausgegangen werden, dass auch die unter den bekannten Umständen offensten sozialpädagogischen Angebote nicht alle Zielsetzungen erreichen konnten, insbesondere auch deshalb, weil Formate angepasst werden mussten oder aufgrund der Verordnungen gänzlich zum Erliegen kamen.

Durch pandemiebedingte Einschränkungen wurden Angebote zum Beispiel auf eine bestimmte Personen- bzw. Teilnehmer*innenanzahl oder auch orientiert am jeweiligen Impfstatus begrenzt, während der Zuspruch und das Interesse von Adressat*innen insgesamt auch spürbar zurückgegangen sind – Konflikte und Interessengegensätze verschärften sich (vgl. Butterwegge 2022, S. 7).

Autorin



PRISKA BUCHNER

absolvierte das Bachelor- und Masterstudium der Kindheitswissenschaften und Kinderrechte an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Nach rund zehn Jahren Praxis in der Kinder- und Jugendhilfe ist sie seit Oktober 2022 Doktorandin an der Universität Klagenfurt, Institut für Erziehungswissenschaft und Inklusionsforschung.

Kontakt:
priska.buchner@aau.at

LITERATURVERZEICHNIS

BMI (2020): Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen. Strategiepapier des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

Dollinger, Bernd (2021): Krisendiagnosen aus sozialpädagogischer Sicht, in: Sozial Extra 4/2021, S.275-278, <https://doi.org/10.1007/s12054-021-00402-x>.

Griemert, Maria (2022): Von Virenschleudern und Partygängern. Die mediale (Re-)Präsentation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie, in: Oomen-Halbach, Anne Kristin/Weyers, Christin/Griemert, Maria (Hrsg.): Kinder und Jugendliche in der COVID-19-Pandemie, Düsseldorf: dup, S. 119-130.

Schrödter, Mark/Thalheim, Vinzenz (2023): Gebrauchsanleitung für die Pandemie – Staatliche Krisenkommunikation zwischen Aufklärung und Verhaltenssteuerung, in: Sozialer Sinn 1/2023, S.1-45.

Staub-Bernasconi, Silvia (2009): Den Menschen vor dem Würgegriff des Menschen schützen, in: SozialAktuell 7/8, S.10-14.

ZDF (2022): Corona: Kita-Schließungen waren nicht nötig, [online] <https://kurzelinks.de/w11y> [abgerufen am 17.02.2023].

Alarmierend sind auch die Ergebnisse der COPSY-Studie, die die seelische Gesundheit, Lebensqualität, psychosomatischen Beschwerden von Kindern und Jugendlichen untersucht. Angesichts des Maßnahmenbündels, mit dem grundlegend in deren soziale Interaktionen und Alltag eingegriffen wurde, waren drastische Auswirkungen vorhersagbar „gerade auf die Gruppe der besonders vulnerablen Kinder und Jugendlichen. Hierzu zählten 2020 z. B. die wochenlange und teilweise ersatzlose Schließung der Tafeln, deren Angebote nach eigenen Angaben ca. 500.000 Kinder regelmäßig bedürfen, das Aussetzen von Angeboten und Hilfestellungen der Jugendhilfe, das Aussetzen der Vorsorge- und Schuleingangsuntersuchungen, die als Anhaltspunkte für Entwicklungsstörungen und Misshandlungen dienen können“ (Griemert 2022, S.125).

Selbstverständlich zählt hierzu auch, dass Schulen in Deutschland insgesamt für rund achteinhalb Monate geschlossen waren, die Schulpflicht auch darüber hinaus faktisch ausgesetzt, die Kinder auf Familie und Fernkommunikation verwiesen waren.

Wenig überraschend „gelten Kinder und Jugendliche inzwischen offiziell als Verlierer der pandemiepolitischen Maßnahmen in Deutschland“ (ebd., S.127). Den Satz im Strategiepapier – „Kinder werden kaum unter der Epidemie leiden“ – muss man umformulieren: Kinder haben primär unter den *Folgen der Maßnahmen* gelitten.

Die Legitimität von Maßnahmen

Nun gilt es als „legitimes Ziel von Krisenkommunikation, ‚einen möglichst hohen Befolgungsdruck [...] zu erzeugen‘“ (Schrödter und Thalheim 2023, S.2), weshalb das Regierungshandeln kaum überraschen kann, aber was können wir von einer Profession wie der Sozialen Arbeit erwarten? Welches Mandat hatte das Primat? Hätte nicht eine Wahrnehmung des dritten Mandates zu anderem Handeln und scharfen Kritiken führen müssen? Dieses „legitimiert die reflektierte Annahme, Modifikation oder Verweigerung von Aufträgen [...]. [...] Menschenrechte schaffen zudem die Basis für eine unabhängige, kritische Betrachtung von nationalen wie internationalen Gesetzgebungen. Legalität ist nicht von vornherein identisch mit Legitimität“ (Staub-Bernasconi 2009, S.13).

Will man diesem Anspruch gerecht werden, hätte man angesichts international sehr verschiedener Gesetzgebungen und Dekrete in der Coronazeit (beispielsweise in Bezug auf Schul- und Kitapolitik) und der erwartbaren Folgen deren *Legitimität* infrage stellen müssen. Wer modifizierte oder verweigerte gar Aufträge – was in diesem Fall eher bedeutet hätte, sie trotz ihrer Einstellung auszuführen? So muss sich die Soziale Arbeit die Frage gefallen lassen, ob sie – über den Tellerrand der Nationalgrenzen hinaus – das dritte Mandat wahrgenommen hat.

Das erweiterte Verständnis von Krisen

„Krisen sind Eruptionen, sie erschüttern und irritieren Routinen, gewohnte Handlungsformen, Denkweisen, Strukturmuster und Ordnungssysteme“ (Steg 2019, S. 175 f.).

Krisen haben politischen Charakter (im weiteren Sinn) und somit auch eine politische Dimension (im engeren Sinn von Realpolitik), die besonders hinsichtlich politischer Instrumentalisierungen kritisch zu betrachten ist (vgl. Steg 2020b, S. 432). Gleichzeitig besteht grundsätzlich dabei auch die Gefahr, dass gesetzliche Regelungen zur Stärkung staatlicher Institutionen auch nach der Krise weiterhin Bestand haben – was Demokratien auf Dauer zu zersetzen droht (vgl. Steg 2020a, S. 77). In der Moderne sind Krisen im Grunde allgegenwärtig und können zu einer zunehmenden Polarisierung und Spaltung von Gesellschaften beitragen.

Das alltägliche Leben in Form wiederholter, ineinandergreifender und vor allem vertrauter Abläufe wird in pandemischen und anderen Krisenmomenten gestört, was häufig dazu führt, dass eine Rückkehr zum Zustand vor der Krise herbeigesehnt und zuweilen auch als notwendig beschworen wird (vgl. Schulze 2011, S. 21; Bauman 2000, S. 207). Dabei wäre es umso wichtiger, Krisen auch „als Versagen des Staates [wahrzunehmen], damit sich Rolle und Funktion des Interventionsstaates wandeln“ (Steg 2019, S. 437). Eine gewisse Krisenanfälligkeit ist somit nicht nur auf den Zeitraum der akuten pandemischen Notsituation zu beziehen; eher müssen alle Bereiche der Sozialen Arbeit generell Strategien und Kompetenzen entwickeln und nachhaltig implementieren, die eine sichere und lebenswerte Zukunft ermöglichen. Dabei müssen Handlungsmethoden stets eingebettet in die jeweilige Situation angewandt werden. Außerdem ist es unerlässlich, Bezüge zu anderen Disziplinen herzustellen (vgl. Walter 2020, S. 112), um nicht nur am – einzelnen – Menschen direkt zu arbeiten, sondern vor allem auch gesamtgesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.

Autor



MARC DAVID LUDWIG,

M. A. Praxisforschung in Sozialer Arbeit und Pädagogik, ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des DBSH, lehrt im Bachelor Soziale Arbeit an der ASH Berlin und promoviert zu politischer Bildung an der TH Köln. Als Vorstandsmitglied des Fördervereins Zivilgesellschaftsforschung e. V. engagiert er sich zudem im Sprecherinnenrat des Landesnetzwerks Bürgerengagement im Bereich der Infrastruktur- und Engagementpolitik für bürgerschaftliches Engagement. Zudem ist er Mitglied des Vorstands der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit.

Kontakt:

marc@marcludwig.com

LITERATURVERZEICHNIS

Aluffi Pentini, Anna/Lorenz, Walter (2020): The Corona crisis and the erosion of ‚the social‘ – giving a decisive voice to the social professions, in: *European Journal of Social Work* 4/2020, S. 543–553. [online] <https://kurzelinks.de/xwvt> [abgerufen am 08.06.2022].

Bauman, Zygmunt [1999] (2000): *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*, Hamburg: Hamburger Edition.

Benz, Benjamin/Rieger, Günter (2015): *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.

Butterwegge, Christoph (2022): *Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Rieger, Günter/Wurtzbacher, Jens (2020): Vorwort. Politiklehre in bewegten Zeiten, in: Rieger, Günter/Wurtzbacher, Jens (Hrsg.): *Tatort Sozialarbeitspolitik. Fallbezogene Politiklehre für die Soziale Arbeit*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 5–7.

Scherr, Albert (2020): Corona-Krise. Was zeigt sich in der Herstellung und Bewältigung eines Ausnahmezustandes über die Möglichkeiten und Formen gesellschaftlicher Problembearbeitung?, in: *Sozial Extra – Zeitschrift für Soziale Arbeit* 3/2020, S. 172–176.

Schulze, Gerhard (2011): *Krisen. Das Alarmdilemma*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Steg, Joris (2019): *Krisen des Kapitalismus. Eine historisch-soziologische Analyse*. Frankfurt am Main und New York: Campus.

Steg, Joris (2020a): Normale Anomalie. Die Coronakrise als Zäsur und Chance, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2020, S. 71–79.

Steg, Joris (2020b): Was heißt eigentlich Krise?, in: *Soziologie – Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* 4/2020, S. 423–435.

Walter, Uta M. (2020): Let's keep playing! – Soziale Arbeit als kritisch-reflexive Improfession, in: Völter, Bettina/Cornel, Heinz/Gahleitner, Silke Birgitta/Voß, Stephan (Hrsg.): *Professionsverständnisse in der Sozialen Arbeit*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 112–122.